

12/SN-112/ME 1 von 2

Amt der o.ö. LandesregierungVerf(Präs) - 300046/19 - Hoch

Linz, am 25. April 1988

DVR.0069264

Bundesgesetz, mit dem das Schüler-
beihilfengesetz 1983 geändert wird;
Entwurf - Stellungnahme

Zu GZ. 12.691/1-III/2/88 vom 9. März 1988

An das

Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und SportMinoritenplatz 5
1014 Wien

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	25 - GE 9 88
Datum:	02. MAI 1988
Verteilt:	4. MAI 1988

Dr. Boman

Das Amt der o.ö. Landesregierung beehrt sich, zu dem mit der
do. Note vom 9. März 1988 versandten Gesetzentwurf wie folgt
Stellung zu nehmen:

Gemäß den zu Art. I Z. 12 bis 19 des gegenständlichen
Gesetzentwurfes angeführten Erläuterungen ist neben der Er-
höhung der Grundbeträge auch die der für die Bemessung der
Schul- und Heimbeihilfen maßgeblichen Einkommensgrenzen und
Absetzbeträge notwendig, um den Bezieherkreis der Beihilfen-
empfänger sowie die Höhe der Beihilfen den sozialen Bedürf-
nissen entsprechend beizubehalten.

Im Widerspruch hiezu steht - wobei ein redaktionelles Verse-
hen nicht ausgeschlossen werden kann - die Bestimmung des
§ 12 Abs. 3 in der Fassung des Art. I Z. 12 des Entwurfes,
wonach sich die Grundbeträge für die Schul- und Heimbeihilfe
um insgesamt S 10.000,-- erhöhen, sofern es sich beim Schü-
ler um ein erheblich behindertes Kind handelt: dies des-
halb, weil de lege lata eine Erhöhung des Grundbetrages um
S 11.300,-- vorgesehen ist. Es käme also in diesem Fall zu
einer Reduktion.

- 2 -

In Art. I Z. 15 (§ 12 Abs. 6 erster Satz) ist die zumutbare Unterhaltsleistung der leiblichen Eltern (Wahleltern) zweimal jeweils für weitere S 32.000,-- offenbar irrtümlich mit 25 v.H. der Bemessungsgrundlage angesetzt worden.

25 Mehrabdrucke dieser Stellungnahme werden u.e. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:

H ö r t e n h u b e r

Landesamtsdirektor

- - -

a) Allen
 oberösterreichischen Abgeordneten zum
 Nationalrat und zum Bundesrat

b) An das
 Präsidium des Nationalrates
 1017 W i e n , Dr. Karl Renner-Ring 3

(25-fach)

c) An alle
 Ämter der Landesregierungen

d) An die
 Verbindungsstelle der Bundesländer
 beim Amt der NÖ. Landesregierung
 1014 W i e n , Schenkenstraße 4

zur gefälligen Kenntnis.

Für die o.ö. Landesregierung:

H ö r t e n h u b e r

Landesamtsdirektor

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

